

Haushaltsrede 2024/2025

Ellen Fenrich
Stadträtin, parteiunabhängig

10.Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Karlsruherinnen und Karlsruher,

Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung:

Im Vorfeld der Landtagswahlen in Bayern und Hessen wurden die Parteivorsitzende der AfD, Dr. Alice Weidel, bedroht und auf Tino Chrupalla, wurde ein tätlicher Angriff verübt. Demokraten verurteilen ein solches kriminelles Handeln zutiefst.

Ich sage das, weil auch ich im Zusammenhang mit meiner Wahl zur Stadträtin Ziel einer dreimaligen Attacke auf mein Wohnhaus wurde. Und niemand, der dies nicht selbst erlebt hat, kann sich vorstellen, was das mit dem Betroffenen macht.

Nichtsdestotrotz macht sich im anderen Teil des demokratischen Parteienspektrums eine gewisse Schadenfreude breit, manchmal geschieht dies auch in Kommunalparlamenten.

Demokratie sieht anders aus, Ausgrenzung und Diskriminierung haben hier keinen Platz. Demokratie wird von gegenseitigem Respekt getragen. Und genau den wünsche ich mir für den neuen, ab Sommer 2024 hier tagenden Gemeinderat - und zwar ganz gleich in welcher politischen Zusammensetzung dieser dann die Geschicke der Stadt Karlsruhe bestimmen wird.

Nun zum eigentlichen Thema:

Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede ließen Sie die beiden vorangegangenen Haushalte Revue passieren. Sie sprachen von „enormen Herausforderungen“ im Haushalt 2021 und von den haushalterischen Anstrengungen im Rahmen des „Haushaltssicherungsprozesses“, um für den Haushalt 2022/2023 vom Regierungspräsidium überhaupt die Genehmigung zu erlangen.

Und heute?

Der Haushaltsentwurf 2024/2025 ist auf Kante genäht.

Es darf nichts verrutschen, nichts Unvorhersehbares eintreten. Aber Imponderabilien geschehen nun mal. Der derzeitige städtische Haushalt ist ja gerade durch nicht erwartbare Ereignisse in eine weitere Schieflage geraten, zum Beispiel

- durch eine irregeleitete, ideologiebasierte bundesdeutsche Energiepolitik, die die Preise für Energie und Produktion in eine schwindelerregende Höhe treibt,

- durch eine fragwürdige EU-Geldpolitik, die die Inflation nicht so schnell wieder „einfangen“ kann,

- durch höhere Tarifabschlüsse und höhere Lohnzahlungen, die dem arbeitenden Teil der Bevölkerung die ihm aufgezwungene wirtschaftliche Lage erträglich macht.

Dazu kommen dann noch oben drauf die Geldzahlungen, die die Stadt an ihre Gesellschaften zu leisten hat, um deren Minus auszugleichen - ich nenne hier nur das Städtische Klinikum und die Verkehrsbetriebe Karlsruhe.

Auch das ist das Ergebnis einer völlig verfehlten Politik - längst schon hätte der Bundesgesundheitsminister gemeinsam mit den Landessozialministerien das Krankenhaus-Finanzierungssystem reformieren müssen, denn annähernd alle Kliniken in Deutschland stehen derzeit am Rande eines finanziellen Kollaps'.

Die Verkehrsbetriebe leiden unter den enormen Kosten für den mit Recht umstrittenen Tunnel und den immensen Betriebskosten. Hinzu muss in Kürze auch über die Frage nach der weiteren Finanzierung des Deutschlandtickets zwischen dem Bundverkehrsminister und den Ländern entschieden werden. Klar dürfte allerdings jetzt schon sein, dass für die VBK hier kein Gewinn zu erzielen ist - im Gegenteil.

Evident ist, dass die Stadt nicht verantwortlich ist für die Dinge, die außerhalb ihres Wirkungskreises geschehen oder eben nicht geschehen. Aber gerade dann, wenn staatliche Vorgaben die (finanziellen) Auswirkungen auf die Kommunen nicht ausreichend berücksichtigen, muss die Gemeinde über eine monetäre Reserve verfügen, die ihr eine sachorientierte Aufgabenerledigung ermöglicht.

Dies ist bei dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht ersichtlich, und dementsprechend ist nicht auszuschließen, dass die jetzt eingeplanten Finanzmittel für den nächsten Doppelhaushalt nicht ausreichen werden.

Was also ist zu tun?

Das Gebot der Stunde heißt – wie all die Jahre zuvor: Sparen!

Und Sparen bedeutet nicht die Erhöhung der Einnahmen durch höhere Gebühren und Steuern, sondern eine Beschränkung der Ausgaben.

So wie die schwäbische Hausfrau, muss auch die Stadt ihr Augenmerk darauf richten, dass sie nur das ausgibt, was sie zuvor eingenommen hat. Dies gilt umso mehr, als den Bürgern von der Bundespolitik in finanzieller Hinsicht derzeit viel abverlangt wird.

Keine Erhöhung von Steuern und Gebühren

So erwarte ich, dass nach dem neuen baden-württembergischen Grundsteuergesetz die neuen städtischen Hebesätze zu keiner Mehrbelastung der Bürger führen. Ebenso dürfen die Bürger nicht weiter belastet werden mit überhöhten Gebühren fürs Anwohnerparken oder fürs Parken auf öffentlichen Parkplätzen. Die letzten Erhöhungen haben auch im Handel und in der Gastronomie zu viel Unmut geführt, weil Kunden ausblieben.

Da erst einige städtische Gebühren angehoben wurden, wäre ein weiteres derartiges Verlangen der Stadt nicht zielführend.

Soziales

Mit Verwunderung, Herr Oberbürgermeister, habe ich Ihrer Rede entnommen, dass höhere Kita-Beiträge, ich sag' jetzt mal, für „besserverdienende“ Eltern erhoben werden sollen. Damit hätte sich der Gemeinderat dann noch ein Stückchen weiter von seinem hehren Ziel einer beitragsfreien Kita entfernt. Diese Einsparung sollte also nochmals überdacht werden.

Dagegen werden auf dem Gebiet der Integrationsaufgaben, wie in den Haushalten zuvor, dieselben Leistungsempfänger aufgeführt und mit teilweise höheren Geldern in 2024 und 2025 ausgestattet. Als ehemaliges Mitglied im Sozialausschuss und Migrationsbeirat habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass die für Flüchtlinge und Migranten erbrachten Maßnahmen evaluiert werden müssen, zum einen, weil hierdurch Doppelstrukturen vermieden werden können und zum andern, weil nur so offenbar wird, ob die Maßnahmen überhaupt den Erfolg bringen, den man sich von ihnen verspricht. Eine pauschale Kürzung für einige unklare Maßnahmen könnte zumindest im nächsten Haushalt für Klarheit sorgen.

Sicherheit

Annähernd täglich lesen wir im Lokalteil der BNN von Körperverletzungen, Raubdelikten, sexueller Belästigung und Sachbeschädigung. Meist sind davon jüngere Menschen betroffen, weil ältere sich schon gar nicht mehr abends raustrauen. Die Bürger haben somit nicht lediglich ein fehlendes Sicherheitsgefühl, wie das so oft suggeriert wird, sondern sie sehen sich konkreten Gefahren beim Stadtbesuch ausgesetzt. Wir dürfen als Stadt nicht zulassen, dass die Kriminalität immer weiter um sich greift, und die Innenstadt zu einem kriminellen Hotspot wird. Der KOD ist daher entsprechend aufzustocken.

Klimaschutz

Klimaschutzmaßnahmen bzw. Klimaschutzanpassungen sind in den Gesetzen von Bund und Land kodifiziert. Ich habe versucht, anhand dieser Gesetze zu erfahren, was die Stadt eigentlich ganz konkret tun muss (nicht: möchte), um den Zielen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen. Bei 40 Millionen Euro veranschlagten Kosten muss diese Frage gestattet sein. Bei den aufgezählten, sehr vagen Maßnahmen handelt es sich überwiegend um freiwillige Aufgaben und nur zu einem geringen Teil um weisungsfreie Pflichtaufgaben. Eine Reduzierung des „Ich-wünsch-mir-was“ um 50% erscheint mir daher vertretbar. Karlsruhe muss nicht immer den Streberfinger strecken und Erster im Land sein wollen, wenn es um Klimaschutz geht. Der Haushalt gibt das nämlich nicht her. Überdies wurden und werden wieder Braunkohlekraftwerke eingeschaltet, Vögel-Schredder-Windräder gebaut und Bäume abgesägt – und das ist dem Klima kontraproduktiv. Was sagen denn hierzu unsere Klimaschützer?

Meine Damen und Herren, es gäbe noch so vieles, was ich gerne näher ausführen oder neu ansprechen würde, aber acht Minuten Redezeit sind dafür einfach zu kurz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Ellen Fenrich